

Presse-Information

Nr. 839

22. August 2007

Heute mit folgenden Themen:

**Frankreich: Straßenkarte weist Gefahrenstrecken für schwere Fahrzeuge aus
Am liebsten im Auto...**

Österreich sehnt Verdoppelung der Lkw-Maut herbei

Belgien: Regionalisierung der Verkehrsordnung?

Länder haben an Bahnprivatisierung viel auszusetzen

Frankreich: Straßenkarte weist Gefahrenstrecken für schwere Fahrzeuge aus

Bad Windsheim (ARCD) – Nicht nur Lkw und Reisebusse, sondern auch Lenker von Campingbussen und Fahrzeugen mit Anhängern können sich künftig vor Antritt ihrer Fahrt durch Frankreich über besonders gefährliche Steigungen auf französischen Hauptstrecken informieren. Nach dem letzten schweren Busunglück wegen Bremsversagens, bei dem 27 polnische Touristen ums Leben kamen, ließ das französische Infrastrukturministerium die Unfallschwerpunkte ermitteln; eine Straßenkarte mit 50 Gefahrenstrecken wurde danach im Internet (http://www.equipement.gouv.fr/IMG/pdf/SitesPbl_carsPL_31juil1_cle013b47.pdf) veröffentlicht. Der Großteil dieser Streckenabschnitte mit großem Gefälle befindet sich naturgemäß in den südlichen Alpen und in den Pyrenäen, einige Gefahrenzonen liegen aber auch auf den Strecken von Straßburg Richtung Paris. **ARCD**

Am liebsten im Auto...

Bad Windsheim (ARCD) – Durchschnittlich eine Stunde verbringen Europäer pro Tag im Verkehr, mehr als die Hälfte davon im Pkw. Dies geht aus einer Ende Juli veröffentlichten EUROSTAT-Erhebung hervor. In den meisten Ländern unternahmen die Bürger in den vergangenen Jahren im Durchschnitt drei Fahrten pro Tag und legten dabei zwischen 30 und 40 Kilometer zurück. 40 Prozent der Fahrzeit entfielen auf den Bereich „Freizeit“, zweithäufigster Beweggrund ist der Weg zur und von der Arbeit, an dritter Stelle rangieren Einkaufsfahrten. In Deutschland und Schweden liegen geschäftliche Fahrten an dritter Stelle. Die höchste Fahrfrequenz wiesen unter den „alten“ EU-Mitgliedern die Deutschen mit 3,3 Fahrten pro Tag auf, bei denen im Durchschnitt pro Person 36,9 km zurückgelegt wurden. Nur in Finnland und Schweden lag dieser Wert merklich höher (41,8 bzw. 44,1 km), während Österreicher im Schnitt nur 28,1 km pro Tag mit dem Auto absolvierten. **ARCD**

Österreich sehnt Verdoppelung der Lkw-Maut herbei

Bad Windsheim (ARCD) – Nicht nur in den Niederlanden sorgte die Ankündigung Verkehrsminister Eurlings, eine Autobahnmaut für Lkw und vielleicht Pkw einführen zu wollen, für Aufregung: Mitten im politischen Sommerloch startete auch der österreichische Verkehrsminister Werner Faymann eine Offensive in Sachen Lkw-Verkehr und kündigte eine stufenweise Verdoppelung der derzeit gültigen Mauttarife an. Denn „solange die Straße billiger als die Bahn bleibt, ist eine Verlagerung und eine Senkung der Emissionen unrealistisch“, begründete Faymann seinen Vorstoß nach Schweizer Vorbild. Die Eidgenossen haben durch abschreckend hohe Straßengebühren und gut ausgebauten Bahnfrachtverbindungen bereits



Presse-Information

zwei Drittel des Güterfrachtverkehrs auf die Schiene gebracht. Faymann zählt auf die Unterstützung Deutschlands und Italiens, um eine Mehrheit der EU-Mitgliedsländer von der Notwendigkeit zu überzeugen, externe Kosten des Straßenverkehrs so schnell wie möglich auf die Maut aufzuschlagen. „Unser Hauptverbündeter ist dabei der Klimaschutz“, zeigte sich Faymann zuversichtlich. Er fordert eine Staffelung der Tarife: je sauberer ein Lkw, umso günstiger solle die Fahrt werden. Um Ausweichverkehre auf Nebenstraßen zu vermeiden, müsse gleichzeitig die Maut auf das gesamte Straßennetz ausgedehnt werden. In Brüssel erntete er vorerst wenig Verständnis. Denn obwohl die Kommission alle Überlegungen anstellt, um die bis 2020 drohende Verdoppelung des Lkw-Aufkommens in Europa zu vermeiden, sind Alleingänge nicht willkommen. „Österreich hat erst am 1. Juli die Maut um 4,2 Cents je Kilometer erhöht, unter voller Ausschöpfung aller rechnerischen Möglichkeiten“, stellte ein Kommissionssprecher gegenüber dem ARCD klar. Jede weitere Erhöhung würde gegen derzeitiges europäisches Recht verstoßen. Langfristig jedoch hat Faymann gute Chancen, Recht zu behalten, denn die 2006 beschlossene neue Wegekostenrichtlinie sieht eine zunehmende Anrechnung externer Kosten explizit vor. 2008 will die EU-Kommission einen ersten Vorschlag zum Berechnungsmodus für externe Kosten vorlegen. **ARCD**

Belgien: Regionalisierung der Verkehrsordnung?

Bad Windsheim (ARCD) – Im zähen Ringen um eine neue belgische Regierung kommen die erstaunlichsten Vorschläge auf den Tisch. Zuletzt haben flämische Parteien die Idee eingebracht, die Straßenverkehrsordnung und das Zulassungsregister zu regionalisieren. Bislang wurden sämtliche Nummernschilder undifferenziert nach Wohnort und zentral für ganz Belgien ausgegeben. Geht es nach dem Willen mancher Politiker aus dem Norden des Königreichs, so könnte es in naher Zukunft wallonische und flämische Kennzeichen geben. Vielleicht entwerfen die Stadtväter der gemischtsprachigen Hauptstadt dann auch ein eigenes Brüsseler Autokennzeichen, neben den bereits zum Straßenbild gehörenden blauen Kennzeichen von EU-Mitarbeitern! Laut angedacht wurde auch die Möglichkeit, jede Region autonom über die Straßenverkehrsordnung, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Zulassung von Giga-Linern etc. entscheiden zu lassen. Belgien-Reisende würde das vor knifflige Aufgaben stellen: Allein auf dem Weg von Aachen via Brüssel an die Meeresküste kreuzt die Autobahn drei- bis viermal die Sprach- und Regionengrenzen. **ARCD**

Länder haben an Bahnprivatisierung viel auszusetzen

Bad Windsheim (ARCD) – Das von der Bundesregierung als Entwurf vorgelegte „Gesetz zur Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes“ ist aus Sicht der Länder-Verkehrsminister noch längst nicht in trockenen Tüchern. In ihrem Beschluss bei der Sonderkonferenz Anfang August in Berlin kritisieren sie, dass die Vorstellungen der Bundesregierung nicht den Interessen der Länder entsprächen. „Eine Privatisierung in dieser Ausgestaltung des Eigentumsmodells würde die Umsetzung der im Rahmen der Bahnreform 1993 vereinbarten verkehrspolitischen Ziele stark behindern und zu erheblichen Haushaltsrisiken für den Bund und die Länder führen“, steht in dem schriftlichen Beschluss, der dem Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) vorliegt. Die Länder bestehen auf dem Grundsatz des dauerhaften Mehrheitseigentums des Bundes an der Deutsche Bahn AG. Darüber hinaus fordern die Länder ein „echtes Mitsprache- und Kontrollrecht der Länder“ bei der Verwendung der für Investitionen im Nahverkehrsbereich vorgesehenen Bundesmittel. Des weiteren verlangen sie Sanktionsmöglichkeiten, wenn die



Presse-Information

Qualitätsvorgaben bei der Schieneninfrastruktur unterschritten werden und wenn „Instandhaltungsrückstaus“ entstehen. Die Länder wollen das Recht erhalten, Teilnetze im Regionalbereich unter Fortbestand des Bundeseigentums und der Bundesfinanzierung durch Verträge an Dritte zu übertragen. Weitere wichtige Forderungen der Länder sind: Trassen- und Stationspreise zu Lasten des Nahverkehrs müssen ausgeschlossen sein, Qualitätsvorgaben und Mittelausstattung müssen auch für Stationen und Serviceeinrichtungen verbindlich sein, und vor Zustimmung durch die Länderkammer muss „ein objektiver, aussagekräftiger und regional gegliederter Netzzustandsbericht vorgelegt werden“. Die Länder wollen den Gesetzentwurf jetzt „gutachterlich“ prüfen lassen und fordern für das anstehende Bundesratsverfahren eine verlängerte Frist. Die Verkehrsminister kritisierten bei ihrer Sondersitzung, dass ein nur elftägiger Zeitraum zur Beurteilung des Gesetzentwurfes nicht angemessen sei. **ARCD**

